

Ziele und Konzepte

Von der Energiewende über die Bekämpfung der Armut und Stärkung der Bildung bis zur Haushaltssanierung: Bei ihrer zweiten Regierungserklärung gab Ministerpräsidentin Hannelore Kraft für ein breites Spektrum politischer Themen die Richtung des Regierungshandelns vor. Ihr Ansatz, Vorbeugung und Haushaltskonsolidierung miteinander zu verbinden, stieß in der Debatte von Regierung und Opposition erwartungsgemäß auf Kritik.

S. 3-5

Zahlen im Fokus

Die Landesregierung will sparen, aber auch an für sie wichtigen Stellen investieren, erklärten Finanzminister und Regierungsfractionen. CDU wie auch FDP befürchten als Folge davon unkontrollierbar ausufernde Schulden und bemängeln zudem auch einige der gesetzten Akzente. Die PIRATEN erwarten zunächst einmal mehr Transparenz in der Haushaltspolitik, fordern aber auch Verbesserungen bei den Einnahmen.

S. 6-8

Fahrt aufgenommen

Regierungserklärung:
Wohin die Reise geht ...

Neuer Aufbruch

„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ ... mögen sich manche Abgeordneten gedacht haben, als sie am 7. Plenartag dieser jungen Legislaturperiode den alten, neuen Plenarsaal betraten. Vertraut und doch anders präsentierte sich das Mobiliar im Hohen Haus. Neue Tische, neue Bestuhlung: eine neue Optik, ein neuer Geruch, neue Bedienelemente – vieles war neu an diesem ersten Plenartag nach der Sommerpause.

Und auch politisch war es ein neuer Aufbruch. Als solchen kann man jedenfalls die Regierungserklärung zu Beginn einer Legislaturperiode bezeichnen, in der die Regierungschefin oder der Regierungschef die politische Weichenstellung für die kommenden Jahre erläutert. Hier werden Zielsetzungen, Schwerpunkte, Zusammenhänge und Methoden vorgetragen und den gewählten Abgeordneten, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern erklärt.

Dass dies Zustimmung in den eigenen Reihen, diesmal bei den Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN, ebenso hervorruft wie Kritik bei den Oppositionsfractionen, diesmal CDU, FDP und PIRATEN, ist verständlich. Der Landtag hat als gewählte Volksvertretung die Aufgabe, die Landesregierung zu kontrollieren. Also nachzufragen und – wo es geboten ist – Ziele zu hinterfragen und den Weg anzuzweifeln. Von dieser Möglichkeit haben die genannten Oppositionsparteien bei der Aussprache über die Regierungserklärung auch jetzt wieder Gebrauch gemacht. Sie lesen dies auf den Seiten 3 bis 5.

Dieser richtungsweisenden Debatte folgte direkt eine zweite: die Einbringung des Haushalts 2012. Da sich der Landtag in der Auseinandersetzung über den Haushalt des laufenden Jahres im März aufgelöst hatte, musste das Zahlenwerk nach erfolgter Landtagswahl nun neu eingebracht werden. Die Landesregierung verteidigte dabei ihren ursprünglich eingeschlagenen Kurs, die Opposition zog ihn wie schon zu Beginn des Jahres in Zweifel. Besonders umstritten: die Frage, ob und wie Haushaltskonsolidierung und die Erfüllung staatlicher Aufgaben unter einen Hut gebracht werden können (auch dies in diesem Heft, Seiten 6 bis 8).

BÜRGERNAHER LANDTAG

Der Landtag ist den Bürgerinnen und Bürgern nah; rund 70.000 Besucherinnen und Besucher jährlich im Düsseldorfer Parlamentsgebäude verdeutlichen dies. Und die Mitglieder des Landtagspräsidiums haben bereits bei zwei Regionenreisen gezeigt, wie sie sich vor Ort mit den Anliegen der Menschen beschäftigen. Die dritte Regionenreise führte nun in die Eifel (Seite 9). Und da dreimal im Rheinland bereits eine (gute) Tradition darstellt, wird dieses Engagement auch fortgesetzt. cw

Herausgeberin:

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Redaktion:

Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Daniela Braun (bra, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Marc Herter (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Lutz Lienenkämper (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrid Beer
(GRÜNE), Parlamentarische Geschäftsführerin; Christof Rasche (FDP),
Parlamentarischer Geschäftsführer; Monika Pieper (PIRATEN), Parlamentarische
Geschäftsführerin; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD),
Pressesprecher; Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Pressesprecherin; Wibke Op den Akker
(FDP), Pressesprecherin; Ingo Schneider (PIRATEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz:

de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen:

www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Inhalt

Aus dem Plenum:

Regierungserklärung: „NRW stark für die Zukunft“ 3

Kursvorgabe in der Kritik 4-5

Haushalt: Das Große Einmaleins 6-8

Forum: Präsidium vor Ort 9

Aus den Fraktionen 10-11

Termine 12

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Kraft: „NRW stark für die Zukunft“

Ministerpräsidentin stellt Weichen für ihre Regierungspolitik

12. September 2012 – Für die kommende Legislaturperiode hat sich die rot-grüne Landesregierung eine „vorbeugende“, „nachhaltige“ und „gerechte“ Politik auf die Fahne geschrieben. Unter diese Leitbegriffe stellte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) ihre Regierungserklärung im Plenum.

„Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien“, betonte Kraft. Atomausstieg und Klimaziele müssten konsequent verfolgt werden. Das Klimaschutzgesetz des Landes sehe vor, die Emissionen von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu verringern. Die **Energiewende** eröffne neue Produkte und neue Märkte. Das Zögern der Bundesregierung dagegen gefährde die Wettbewerbsfähigkeit, kritisierte Kraft. Notwendig sei ein Masterplan, der den einzelnen Akteuren Handlungsfähigkeit gebe.

Die Landesregierung kämpfe auch in der **Industrie** um jeden Arbeitsplatz. Weitere Schwerpunkte seien die Förderung der mittelständischen Wirtschaft sowie innovativer Gründer wie auch der Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur**.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Regierungserklärung: die **Bekämpfung der Armut**. Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährde „die Grundlagen unserer Gesellschaft, den Zusammenhalt in unserem Land und die Substanz unserer Grundwerte“, warnte Kraft. Dieser Entwicklung soll ein bis 2020 angelegtes Handlungskonzept „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ entgegenwirken.

Wichtigster Bestandteil dabei sei die **Bildung**, betonte Kraft. Sie lobte den im vergangenen Jahr vereinbarten Schulkonsens als verlässliche Grundlage: 42 neue Sekundarschulen und 20 neue Gesamtschulen seien kürzlich gestartet, zwölf Gemeinschaftsschulen liefen bereits im zweiten Jahr. Nun stehe der neue Schulversuch „Primus“ an, gemeinsames Lernen von Klasse eins bis zehn. Die rund 8.000 Lehrerstellen, die durch sinkende Schülerzahlen bis zum Jahr 2015 frei würden, setze man für noch mehr Bildungsqualität ein. Des Weiteren wolle die Landesregierung den Kommunen helfen, den Rechtsanspruch auf einen U3-Platz ab August 2013 umzusetzen. Am Ende stehe das Ziel, Bildung schrittweise beitragsfrei zu machen – sobald es finanzielle Spielräume gebe.

Um diese zu schaffen, „bleibt eine nachhaltige **Haushaltssanierung** auch in der neuen Legislaturperiode eine unserer wichtigsten Aufgaben“, kündigte Kraft an. Bis zum Jahr 2020 wolle man die Neuverschuldung auf null bringen und die Schul-

denbremse auch in der Verfassung verankern. Gleichzeitig wolle man weiter dafür sorgen, dass die **Kommunen** finanziell wieder auf eigenen Füßen stehen könnten, betonte Kraft.

Mit Zukunftsinvestitionen, gezieltem Sparen und angemessenen Einnahmen will Rot-Grün solide Landesfinanzen erreichen. Bis zum Jahr 2017 aufwachsend soll 1 Milliarde Euro jährlich eingespart werden. Steuergewinne werde Rot-Grün zum Schuldenabbau einsetzen und im Bundesrat die Initiative für eine Steuer auf große Vermögen und Erbschaften ergreifen. In diesem Zusammenhang wandte sich Kraft insbesondere gegen **Steuerhinterziehung**. Sie kündigte eine Bundesratsinitiative für ein Unternehmensstrafrecht an, das helfen solle, leichter gegen in Steuerhinterziehung verstrickte Banken vorzugehen.

Daneben sprach sich Kraft für eine Politik der Inklusion aus: Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Menschen solle Normalität werden. Die Landesregierung werde einen Gesetzentwurf dazu vorlegen. Grundsätzlich wolle die Landespolitik bei Jugendlichen auf einen Ansatz der Vorbeugung und frühen Intervention setzen, um ein Abgleiten in Gewalt zu verhindern.

Eine besondere Herausforderung sah Kraft im demographischen Wandel. Die Landesregierung habe daher den Kinder- und Jugendförderplan auf 100 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Ab Klasse acht soll künftig eine Berufs- und Studienorientierung stattfinden. Zudem stelle Rot-Grün 50 Millionen Euro für eine Fachkräfte-Initiative bereit, wolle über ein Hochschulzukunftsgesetz Spitzenforschung fördern und gleichzeitig sämtliche **forschungspolitische Aktivitäten** im Programm „Fortschritt NRW“ bündeln sowie den Übergang vom Handwerk zur Universität erleichtern. Angesichts der doppelten Abiturjahrgänge verlangte die Regierungschefin verstärkte finanzielle Verantwortung seitens des Bundes.

Detailliert ging Kraft auch auf die **Bekämpfung von prekärer Beschäftigung** und Niedriglöhnen ein. Das unbefristete Normalarbeitsverhältnis solle wieder die Regel werden. Altersarmut sei die Folge von Erwerbsarmut. Daher werde die Landesregierung ihre Initiativen auf Bundesebene fortsetzen. Durch präventive Maßnahmen und Quartiersentwicklung solle sich NRW besser auf eine alternde Gesellschaft einstellen.

Einführen will Kraft eine jährliche „Woche des Respekts“. Damit wolle sie insbesondere auf den Anstieg der Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte sowie von brutalen Attacken in Bussen und Bahnen reagieren.

Zudem kündigte Kraft eine parteiübergreifende Kommission zur **Reform der Landesverfassung** an. Diese werde über ein niedrigeres Wahlalter und sinkende Hürden bei Volksbegehren beraten. Gleichzeitig wolle Rot-Grün über eine „Open-Government-Strategie“ Bürgerinnen und Bürger im digitalen Zeitalter stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. *cw*

Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft (SPD)
Foto: Schälte

Kursvorgabe in der Kritik

Fraktionschefs reagieren auf die Erklärung der Ministerpräsidentin

13. September 2012 – Einen Tag nach der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft haben sich die fünf Fraktionen im NRW-Landtag einen Schlagabtausch über den Regierungskurs geliefert. Während insbesondere CDU und FDP der Landesregierung mangelnden Sparwillen vorwarfen, stellten sich SPD und GRÜNE voll hinter Krafts Präventionspolitik. Die PIRATEN kündigten an, genau zu prüfen, ob Rot-Grün seine Versprechungen auch umsetze.

Am Rednerpult:
Karl-Josef Laumann
(CDU)

Kraft habe kein „stimmiges Bild“ aufgezeigt und keine Antworten auf wesentliche Fragen der kommenden Jahre geliefert, bemängelte **Karl-Josef Laumann** als Vorsitzender der CDU-Fraktion. Sein zentraler Kritikpunkt: Die Regierung weigere sich, den Haushalt in Ordnung zu bringen – das sei „Diebstahl“ an der Zukunft. Rot-Grün wisse, dass gespart werden müsse, sage aber nicht, wo dies passieren solle. So flössen die Neuschulden quasi komplett als Schuldendienst auf die Konten des internationalen

Kreditmarkts. Damit verkaufe Rot-Grün das Land an die Finanzmärkte, meinte Laumann. Statt Wachstum über Schulden zu finanzieren, sei es notwendig, den Staat so einzustellen, dass er mit dem erwirtschafteten Geld auskomme. Er dürfe keine Ausgaben mehr übernehmen, ohne alte in Frage zu stellen, forderte der CDU-Sprecher.

Nach seinem Verständnis von „Privat vor Staat“ müsse zudem jeder, der einen Vollzeitjob habe, ohne staatliche Hilfe leben können. Was die Wirtschaft betreffe, konterkarierten Vergabe-, Klimaschutz- und Nichtraucherschutzgesetz jegliche Fortschritte des angestrebten Bürokratieabbaus. Neben der Wirtschaftszug der CDU-Abgeordnete auch die Sozialkompetenz der Regierung Kraft in Zweifel. So fehle bei der Inklusion für viele der rund 120.000 behinderten Schülerinnen und Schülern eine geeignete Schule, die gemeinsames Lernen mit Nicht-Behinderten anbiete. Für rund 30.000 Kinder gebe es keinen Platz bei der U3-Betreuung, worauf die Regierung mit einem „Offenbarungseid“ antworte, indem sie einfach größere Gruppen vorschlage. Und der doppelte Abiturjahrgang werde im kommenden Jahr keine

verantwortbaren Studienbedingungen vorfinden – auch weil den Hochschulen nun das Geld der Studiengebühren fehle, die Rot-Grün als Wahlschenk abgeschafft habe.

Die CDU solle sich nicht an der Koalition abarbeiten, sondern an den Problemen der Menschen im Land, entgegnete der SPD-Fraktionsvorsitzende **Norbert Römer**. Dazu habe er bei seinem Vorredner aber nichts gehört. Anders die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin: Deren Leitlinien einer vorbeugenden, nachhaltigen und gerechten Politik werde die SPD „solide, beharrlich und zielorientiert“ verfolgen, versprach der Abgeordnete. Er könne nachvollziehen, dass sich die CDU mit ihren 26 Prozent bei der letzten Wahl so machtlos fühle wie nie zuvor, sagte Römer. Er hoffe nur, dass dies nicht umschlage in „Fundamentalopposition“. Die Einladung an die Opposition gelte weiter: Sie könne vernünftige Vorschläge machen, über die etwa in Sachen Schuldenabbau zu reden wäre. Dies sei sie allerdings bislang schuldig geblieben.

Unabhängig davon mahnte Römer einen Beitrag des Bundes an, um dem Ziel der solidarischen Gesellschaft näher zu kommen. So sei es etwa nicht Aufgabe der Kommunen, die Lasten der Eingliederungshilfe allein zu tragen. Der Bund müsse die Hälfte der Lasten übernehmen, forderte der SPD-Sprecher. Bei der Versorgung mit Kita-Plätzen befinde sich das Land in einer großen Aufholjagd: „Wir strengen uns an und tun alles, was wir machen können.“ Größere Kindergruppen kämen aber nur in Frage, wo Raum und Personal es zuließen, betonte er und fuhr fort: „Wir werden keine Qualitätsminderung zulassen.“

In Sachen Energiewende, bei der sich die Koalitionäre in Berlin gegenseitig im Weg ständen, sehe Rot-Grün in NRW eine große Chance, Umwelt und Arbeit miteinander zu versöhnen. Zudem sprach sich Römer für einen gesetzlichen Mindestlohn aus: Wer den sozial Bedürftigen nicht helfe, könne letzten Endes auch nicht für den Schutz der Wohlhabenden garantieren.

Erst Schuldenabbau, dann neue staatliche Leistungen: 80 Prozent der Menschen im Land befürworteten laut einer aktuellen Studie dieses Vorgehen, betonte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Christian Lindner** in Richtung Kraft – und kritisierte: „Das ist das genaue Gegenteil Ihrer Politik.“ Dabei müsse doch die große Lehre aus der EU-Schuldenkrise sein, Staaten mit Hochdruck aus ihren Schulden herauszuholen. Zwar habe Kraft Gesprächsbereitschaft bezüglich einer Schuldenbremse in der NRW-Verfassung signalisiert. Er hoffe aber, dass dahinter nicht nur ein rhetorischer Trick, sondern echte Sparbereitschaft stecke: „Die können wir bei Ihnen aber bislang nicht erkennen.“

Auch in anderen Bereichen hagelte es Kritik von Lindner: ein übermächtiger grüner Umweltminister, ein ökologisch „völlig unwirksames“ Klimaschutzgesetz, zu wenig neue Straßen samt drohendem „Verkehrsinfarkt“, Kita-Beitragsfreiheit zulasten von Qualität und Ausbau der U3-Betreuung, vernachlässigte Gymnasien und Realschulen sowie rot-grünes Unverständnis für den Mittelstand angesichts der Koalitionspläne zur Vermögenssteuer. Zudem gehe das verdrehte Motto der Regierung Kraft „Verteilen vor Erwirtschaften“ nicht auf, befand Lindner – was nicht da sei, könne nicht verteilt werden. Auch warnte er vor einer „Überdehnung“ des Solidaritätsbegriffs.

Insbesondere bei den Kommunalfinanzen sowie der Kultur- und Integrationspolitik gebe es zwar Berührungspunkte zwischen FDP und Rot-Grün, doch sei die Regierungserklärung insgesamt zu vage: Kraft habe zwar angekündigt, alle mitnehmen zu wollen. Doch: „Sie haben nicht gesagt, wohin.“ Für ihn hingegen sei die Zielrichtung klar, so der FDP-Sprecher: „Nordrhein-Westfalen ist ein soziales Land und soll es bleiben. Aber es braucht dringend liberale Impulse.“

Auf die Wirtschafts- und Energiepolitik konzentrierte sich der Grünen-Fraktionsvorsitzende **Reiner Priggen**. Notwendig seien langfristige und verlässliche Ansätze, mit denen die ehrgeizigen Klimaschutzziele sowie der Ausbau der erneuerbaren Energie bis hin zur Vollversorgung zu erreichen seien. Als Kernpunkte nannte Priggen die Respektierung des Atomausstiegs und speziell für NRW den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau. Vor diesem Hintergrund gehe die rot-grüne Landesregierung etwa beim Ausbau hochmoderner Gaskraftwerke, der Kraft-Wärme-Kopplung, der Fernwärme sowie der Windkraft schrittweise voran. Gerade bei letzterer hätten CDU und FDP mit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 mögliche Investoren verschreckt. Gleiches geschehe heute durch eine „konfuse“ Politik der Bundesregierung bei der Umsetzung der Energiewende. Die Landesregierung bündle dagegen die Kompetenzen in den Bereichen Bauen, Verkehr, Wissenschaft, Wirtschaft, Energie und Klimaschutz. Entscheidend sei ein Ansatz, der die Innovationsfähigkeit des Standorts NRW stärke.

Mit Blick auf die Schulpolitik verteidigte der Grünen-Sprecher die Beilegung des „Stellungskriegs“ Gymnasium gegen Gesamtschule. Der Kompromiss zwischen Rot-Grün und CDU werde jetzt vertragstreu umgesetzt, versprach er. Für parteiübergreifende Zusammenarbeit warb Priggen auch beim Thema Inklusion, das deutlich mehr umfasse als nur die Schulpolitik. Zusammenstehen müsse man ebenfalls bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Und ein gemeinsames Vorgehen könne er sich genauso hinsichtlich der Folgenbewältigung bei Standortaufgaben von deutschem und englischem Militär vorstellen. In Sachen Nichtraucher-schutz plädierte er für klare Regelungen, die die Menschen auch verstehen könnten.

Vieles in der Regierungserklärung sei zustimmungsfähig, erklärte **Dr. Joachim Paul** für die Piratenfraktion. Man werde genau prüfen, dass den Ankündigungen auch Taten folgten. Wenn also in die Zukunft investiert werde, dann müsse dies vor allem in eine bessere Beschäftigungslage, die Kinderbetreuung, den diskriminierungsfreien Zugang zur öffentlichen Infrastruktur und gute Bildung geschehen. Weil zur Teilhabe auch Mobilität gehöre, müsse der öffentliche Nahverkehr fahrscheinlos werden.

Für seine Fraktion sei Nachhaltigkeit eines der Leitbilder für gesellschaftliche Entwicklung. Hier seien auch die Bürgerinnen und Bürger Antriebsmotoren für Veränderungen. Paul forderte mehr Eigeninitiative des Landes bei der Energiepolitik, eine Bundesratsinitiative für eine Finanztransaktionssteuer sowie verstärkte Investitionen in die Bildung. Noch hänge der Erfolg des Einzelnen zu sehr von der sozialen Herkunft ab. „Wir sprechen uns für eine flüssige Schullaufbahn aus“ – mit frei wählbaren Kursen und somit flexiblem, individuellem Lernen. Sobald wie möglich sei ein Rechtsanspruch auf inklusives Lernen zu verankern. Zudem plädierte Paul für eine landesweite „IT-Initiative Bildungsinnovation“.

Bei den Hochschulen sei mehr Autonomie durch Abschaffung oder Umgestaltung der Hochschulräte notwendig. Zur Verbesserung der bürgerschaftlichen Teilhabe und Weiterentwicklung der Demokratie schlug Paul vor, Möglichkeiten digitaler Beteiligungsprozesse verstärkt zu nutzen. Bezüglich der Schuldenbremse warnte er vor „weitreichenden Folgen“ des europäischen Fiskalpakts. Dieser beziehe nicht nur Bund und Länder, sondern auch Gemeinden und Sozialversicherungsträger in die Verschuldungsquote von maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein. Dadurch entstehe zusätzlicher Sparzwang. *cw, bra & Jürgen Knepper*

Fotos: Schälte



Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Das Große Einmaleins

Der neue Landtag macht weiter, woran der alte gescheitert ist: Haushalt 2012

14. September 2012 – Die Finanzen des Landes standen im Mittelpunkt der ersten Lesung des von der Regierung eingebrachten Haushalts 2012. Es war der zweite Anlauf für den Finanzplan des laufenden Jahres, nachdem der erste Versuch im März gescheitert war – was letztendlich zu Neuwahlen führte. Damit gab es im Plenum also nun einen erneuten Schlagabtausch über Daten, Zahlen und Konzepte.

Mit „Zukunftsinvestitionen“, „gezieltem Sparen“ und „angemessenen Einnahmen“ will Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) „wirklich dauerhaft konsolidierte Landesfinanzen“ erreichen. Den Vorwurf, die jetzige Landesregierung hinterlasse zukünftigen Generationen einen Rucksack voller Schulden, wies der Finanzminister zurück. Zwar seien die öffentlichen Haushalte ins Minus gerutscht, aber die privaten Vermögen seien explosionsartig angestiegen. Und 60 Prozent davon befänden sich in der Hand eines Zehntels der Bevölkerung. Durch Effizienzsteigerung, angemessene Einnahmen und gerechte Verteilung setze Rot-Grün jedenfalls alles daran, die Neuverschuldung des Landes schrittweise abzusenken und bis zum Jahr 2020 auf null zu bringen.

Ohne die 1 Milliarde Euro für die WestLB-Restrukturierung liege die Neuverschuldung im Jahr 2012 bei 3,6 Milliarden Euro und werde in den nächsten Jahren auch weiterhin stetig sinken, so Walter-Borjans. Die Konsolidierung

Fotos: Schälte



der öffentlichen Haushalte könne aber nicht allein über die Ausgabenseite geleistet werden. Schließlich sei die starke Position NRWs auch die Folge der Infrastruktur, der Bildung, der Sicherheit und des sozialen Zusammenhalts. Um dies zu sichern, sei eine Stärkung der Einnahmenbasis unerlässlich. Dazu bereite NRW gemeinsam mit anderen Ländern entsprechende Bundesratsinitiativen vor, erläuterte der Finanzminister.

Die Einwände der CDU gegen den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2012 hätten sich allesamt in Luft aufgelöst, befand Martin Börschel (SPD). Das betreffe sowohl den Vorwurf, die Regierung schätze die Steuereinnahmen zu hoch ein, als auch, dass sie die 1 Milliarde Euro für die WestLB-Rettung nicht angesetzt habe. „So oder so, jetzt ist sie drin. Das Restrukturierungsgesetz ist beschlossen.“ Hinzukomme, dass die Opposition summa summarum keinen einzigen Einsparvorschlag gemacht, sondern erst für kommendes Jahr angekündigt habe. Wenn sich nun alle Kritik in ein „laues Lüftchen“ verwandelt habe, dann bleibe der CDU eigentlich nur eines: dem Etatentwurf zuzustimmen. Der Vorschlag der Landesregierung setze mit den Akzenten bei frühkindlicher Bildung, dem Einstieg in die Kostenfreiheit der Bildung und den Rekordzuweisungen an die Kommunen die richtigen Schwerpunkte und werde darum von den Regierungsfractionen voll unterstützt, stellte Börschel fest.

Als einziger Kritikpunkt seitens der CDU bleibe vielleicht noch deren Annahme, dass der Landeskasse durch die Ratifizierung des umstrittenen Steuerabkommens mit der Schweiz 200 bis 300 Millionen Euro zufließen würden. Wer aber wisse, welche „scheunentor-großen“ Möglichkeiten

dieses Abkommen für Steuerhinterzieher offen lasse, der sei gespannt darauf, wie die Union hier gegenüber dem Wähler die Kurve kriege.

Die Möglichkeit zur politischen Steuerung sei praktisch gleich null, kritisierte Dr. Marcus Optendrenk (CDU) die späte Einbringung des zweiten Entwurfs des Landeshaushalts 2012. Es wäre möglich gewesen, diesen direkt nach der Regierungsbildung vorzulegen. Inhaltlich wandte sich der CDU-Sprecher insbesondere gegen „staatliche Bevormundung“, die sich darin zeige, dass Rot-Grün das Steuergeld der „fleißig arbeitenden Bürger“ mit vollen Händen ausbeute. In diesem Zusammenhang wandte sich Optendrenk gegen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur über Steuererhöhungen. Immer höhere Steuern reduzierten die Leistungsanreize und damit auch das Wachstum. Als Folge davon steige wiederum die Arbeitslosigkeit.

Grundsätzlich gehe es in NRW weiter in die falsche Richtung: „Nordrhein-Westfalen macht mehr Schulden statt weniger“, kritisierte Optendrenk. Das zeige sich auch darin, dass die Milliarde für die Abwicklung der WestLB auf Pump in den Haushalt eingestellt worden sei. Solide Länder vermeldeten Jahresüberschüsse, in NRW stiege dagegen die Nettoneuverschuldung im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent. Und die Ministerpräsidentin liefere immer wieder „wortreich“ Begründungen dafür, warum es angeblich „gute“ Schulden gebe. Die Landesregierung komme nicht mit dem Geld aus und sie wolle es auch gar nicht. Damit sei sie eigentlich ein typischer Klient für die Schuldnerberatung.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) versprach: „Wir werden uns auf den schwierigen Weg der Konsolidierung begeben. Wir werden uns durch Nebelkerzenwerfereien von CDU und FDP nicht ablenken lassen.“ Das bedeute: weiter konsolidieren und einsparen. Anders als Rot-Grün habe Schwarz-Gelb in deren Regierungszeit „in keinem Jahr“ die Steuermehreinnahmen zur Senkung der Neuverschuldung eingesetzt, hielt er der heutigen Opposition vor und fragte: Was solle denn getan werden – auf die Erhöhung der Grunderwerbssteuer verzichten, das Gemeindefinanzierungsgesetz absenken oder die Studiengebühren wieder einführen?

Rot-Grün werde jedenfalls nicht wie Schwarz-Gelb bei der Haushaltspolitik „täuschen“ und „tricksen“. Das sei keine realistische Politik, fand Mostofizadeh. Dafür hätten die Wählerinnen und Wähler die CDU abgestraft. Den Gemeinden seien durch die Regierung Rüttgers 3 Milliarden weggenommen worden, um den Landeshaushalt zu konsolidieren, so der Abgeordnete. Rot-Grün dagegen zahle den Städten und Gemeinden fast 1 Milliarde mehr als dies Schwarz-Gelb damals getan habe.

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans

Haushaltseckdaten

	2008 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Soll)	2012 einschl. Ergänzung ²
Haushaltsvolumen	51,3 Mrd.	55,3 Mrd.	53,91 Mrd.	55,26 Mrd.	58,83 Mrd.
Steuereinnahmen	42,1 Mrd.	38,5 Mrd.	38,00 Mrd.	40,23 Mrd. ³	43,10 Mrd.
Nettoneuverschuldung	1,12 Mrd.	5,98 Mrd.	4,92 Mrd.	4,82 Mrd.	4,61 Mrd. ⁴
Investitionen (Investitionsquote ¹)	4,6 Mrd. (9,5 %)	7,1 Mrd. (12,9 %)	5,76 Mrd. (10,7 %)	5,3 Mrd. (9,7 %)	6,5 Mrd. (11,2 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote ¹)	4,82 Mrd. (9,5 %)	4,74 Mrd. (8,7 %)	4,49 Mrd. (8,4 %)	4,4 Mrd. (8,1 %)	4,2 Mrd. (7,2 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote ¹)	19,0 Mrd. (37,7 %)	20,6 Mrd. (37,1 %)	20,47 Mrd. (38,1 %)	21,6 Mrd. (39,3 %)	22,0 Mrd. (37,6 %)

¹ Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt. ² Stand Einbringung Haushalt 30.8.2012.

³ beinhaltet 1,3 Mrd. Euro globale Mehreinnahmen, ⁴ beinhaltet 1 Mrd. Euro für Restrukturierung WestLB AG.

Quelle: Finanzministerium NRW



Martin Börschel (SPD)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Ralf Witzel (FDP)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Für die Kinderbetreuung gebe man zusätzliche 107 Millionen Euro mehr aus, man habe Gebühren abgeschafft und die Umweltverwaltung gestärkt. Wären dagegen die Steuersenkungspläne der Berliner Koalition umgesetzt worden, rechnete er vor, dann hätte das Land Einnahmeverluste von 6 bis 7 Milliarden Euro hinnehmen müssen.

Er habe sich „vergaloppiert“ und finde den Weg aus dem Schuldenlabyrinth nicht mehr heraus, sagte **Ralf Witzel** (FDP) in Richtung des Landesfinanzministers. Während viele Länder auf dem Weg zu ausgeglichener Haushalten seien, verteilte dieser in NRW in „fröhlicher Sorglosigkeit“ immer mehr soziale Wohltaten auf Pump und heize damit die Staatsschuldenkrise weiter an. So treibe er NRW immer tiefer in die Fesseln der Finanzmärkte hinein. Zeitgleich seien aber Steuereinnahmen auf Rekordhöhe zu verzeichnen. Notwendige Strukturreformen wie Privatisierungen und Bürokratieabbau würden unterlassen. Die hohe Staatsverschuldung sei die Konsequenz eines Umverteilungsstaates, in dem es „alles einfach für lau“ gebe. Dies habe mit einer generationengerechten und nachhaltigen Politik nichts mehr gemein, so der FDP-Sprecher.

Witzel forderte mehr Ehrgeiz und ein stärkeres Durchtreten der Schuldenbremse. Sparsamkeit sei dabei kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung zur Abwendung des „Staatsinfarkts“ sowie für notwendige Zukunftsinvestitionen. Des Weiteren wandte sich der Liberale gegen ein „paternalistisches Staatsverständnis“ und betonte: „Das, was sich ein Mensch fleißig erarbeitet, gehört zunächst einmal nicht dem Staat.“ Witzel unterstützte die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, wandte sich aber gegen den Kauf von Steuer-CDs: „Wo kein Hehler ist, ist auch kein Diebstahl.“

Für die PIRATEN machte deren Fraktionsvorsitzender **Dr. Joachim Paul** die Zustimmung seiner Partei zum Haushalt davon abhängig, ob den Worten auch Taten folgten. Beim Haushalt 2012 fühle man sich allerdings vor vollendete Tatsachen gestellt. Mit der verspäteten Beratung werde das Budgetrecht des Parlaments verletzt, kritisierte er und verlangte, dass der kommende Haushalt fristgerecht eingebracht werde, damit eine verfassungsgemäße Beratung stattfinden könne. Was jetzt geschehe, könne seine Fraktion nicht durchgehen lassen. Das habe nichts mit Transparenz und Teilhabe zu tun, für die die PIRATEN stünden. Weiter

bemängelte Paul den in seinen Augen zu hohen Ansatz einer globalen Minderausgabe („in der Nähe der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit“). Auch hier habe das Parlament keine Mitwirkungsmöglichkeit, sondern werde erst nach Vollzug informiert.

Die Einnahmen könnten deutlich verbessert werden, wenn eine Vermögenssteuer eingeführt, die Erbschafts- und Schenkungssteuer erhöht und der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer heraufgesetzt würden. Dadurch seien im Bund 75 Milliarden Euro pro Jahr mehr zu erzielen. Mit dem Anteil, der dabei auf NRW entfiel, ließen sich viele zukunftssichernde Investitionen durchführen. Auch wenn im Etat die Schulden unter den Investitionen blieben, müsse man dem Finanzminister sagen: „Ihre Zahlen glänzen nicht. Sie zählen nur.“

Einzeletats (in Milliarden Euro)

	2012
Landtag	0,117
Ministerpräsidentin	0,118
Inneres und Kommunales	4,861
Justiz	3,626
Schule und Weiterbildung	14,923
Innovation, Wissenschaft und Forschung	6,645
Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	2,585
Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	3,089
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	0,921
Arbeit, Integration und Soziales	2,883
Finanzen	1,988
Landesrechnungshof	0,039
Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	0,838
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	0,936
Allgemeine Finanzverwaltung	15,251
Summe	58,827

Quelle: Finanzministerium NRW



Fotos: Schälte

Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Michael Hübner (SPD)

André Kuper (CDU)

Kai Abruszat (FDP)

Robert Stein (PIRATEN)

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Mit Blick auf die Finanzierung der Gemeinden und Kommunen unterstrich Innenminister Ralf Jäger (SPD), dass das Finanzierungsvolumen für die Kommunen in NRW um noch einmal 500 Millionen Euro steige. Mit insgesamt 8,4 Milliarden Euro sei dies die höchste Summe in der Geschichte des Landes. Weitere 350 Millionen Euro stelle die Landesregierung im Rahmen des Stärkungspakts zur Verfügung; nötig seien aber stärkere Finanzhilfen des Bundes. Jäger kündigte an, die Frage der Gerechtigkeit der fiktiven Hebesätze gutachterlich überprüfen zu lassen.

Das GFG 2012 beende im Ergebnis den „kommunalen Raubzug“ durch die Gemeinden der Jahre 2005 bis 2010, attackierte Michael Hübner (SPD) die heutigen schwarz-gelben Oppositionsfraktionen. Jetzt müsse man das vorliegende GFG so schnell wie möglich verabschieden, denn alle Kammereien in Nordrhein-Westfalen hätten damit geplant. Es sei überdies richtig, das Thema der fiktiven gestaffelten Hebesätze so aufzugreifen, dass die kleineren Städte nicht benachteiligt würden. Den „Show-Antrag“ der FDP lehnte Hübner jedoch ab.

Daten und Fakten

Rund 58,8 Milliarden Euro veranschlagt der Finanzminister für den Haushalt 2012. Die Steuereinnahmen werden im neuen Haushaltsplan 2012 mit 43,1 Milliarden Euro angesetzt. Die Nettoneuverschuldung soll 3,6 Milliarden Euro betragen; hinzu kommt allerdings 1 Milliarde als Sonderlast für die WestLB. Die Personalausgaben werden mit rund 22 Milliarden Euro beziffert, die Investitionsausgaben (netto) mit 5,1 Milliarden Euro, der Schuldendienst mit 4,2 Milliarden Euro.

Im Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz wird die Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 (Drs. 16/301), das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 (Drs. 16/302) sowie das Stärkungspaktfondsgesetz

Es sei zu kurzichtig, nur den Bund als Schuldigen auszumachen, wandte sich André Kuper (CDU) gegen die Haltung des Innenministers. Immerhin gebe es in mehr als der Hälfte der Bundesländer ein positives Echo. Mit dem GFG löse die Landesregierung nicht die Finanzprobleme der kommunalen Familie. Sie verteile den Mangel, und dies zudem ungleich zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen. Kuper kritisierte, dass zum Teil durch politische Entscheidungen die Vorgaben der Haushaltssicherung nicht richtig umgesetzt würden.

Sei das wieder „diese pauschale Schuldzuweisung ohne Hinterlegung von Fakten“, hinterfragte Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) die Aussagen seines Vorredners. Die von diesem aufgeworfene Neiddebatte wertete er als „schlichtweg unsinnig“. Sowohl für das Land als auch die Kommunen sei es allerdings interessant, wenn eine Abschaffung oder Reduzierung des Ehegattensplittings erfolgen würde. Dies würde höhere Einnahmen von insgesamt 23 Milliarden Euro bedeuten. Davon gingen 42,5 Prozent an die Länder, 15 Prozent an die Kommunen.

Innerhalb von zwei Jahren werde fast eine viertel Milliarde Euro zulasten des ländlichen Raums umverteilt, meinte Kai Abruszat (FDP).

(zur Unterstützung der Kommunen, Drs.16/176) beraten. Die CDU hat einen Antrag zur Rückkehr zu einer das Recht und die Verfassung achtenden Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen (Drs. 16/819), die FDP hat einen Antrag „Für mehr Gerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich – gestaffelte fiktive Hebesätze einführen“ (Drs. 16/816) vorgelegt.

Nach einer Anhörung von Sachverständigen am 1. Oktober 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz: 28. September) findet voraussichtlich im Plenum vom 7./8. November die zweite Lesung sowie im Plenum vom 28.-30. November die dritte Lesung des Haushalts statt.

Daher könne man nicht von einer fairen, ausgewogenen Gemeindefinanzierung sprechen. Statt der notwendigen Reform des Gesamtsystems nehme die Landesregierung „dilettantische Anpassungen“ an einzelnen Punkten vor. Notwendig seien „neue Stellschrauben“, um das Geld wirklich gerecht und ausgewogen zu verteilen. Daher freue er sich über die Debatte zu den fiktiven Hebesätzen, so der FDP-Sprecher.

Eine nachhaltige, strukturelle Entlastung für die Kommunen und Gemeinden forderte Robert Stein (PIRATEN). Dies könne auch über moderate Steuererhöhungen im Bund erfolgen. Zur Stärkung der kommunalen Finanzausstattung sei es notwendig, über eine generelle Anhebung des Verbundsatzes nachzudenken. Bei Forderungen nach stärkeren Bundeszuschüssen könne man ja auch mal geschlossen auftreten, schlug Stein vor. Mit Blick auf das vorliegende GFG kritisierte er, dass gerade die Schul- und Bildungspauschalen nicht angepasst worden seien.

cw, Jürgen Knepper

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	8.421 Millionen (+500 Millionen)
Schlüsselzuweisungen	7.145 Millionen (+424 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5.608 Millionen
• Kreise	836 Millionen
• Landschaftsverbände	701 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Millionen
Investitionspauschalen	555 Millionen (+33 Millionen)
Pauschale Bedarfszuweisungen	30 Millionen (+2 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent

Quelle: Finanzministerium NRW

Was die Eifel bewegt

Landtagspräsidium besuchte die Region und nahm viele Anregungen mit

19. September 2012 – „Nachhaltig beeindruckt“ zeigte sich Landtagspräsidentin Carina Gödecke am Ende eines gesprächsreichen Tages in der Eifel. Gemeinsam mit den Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg und Oliver Keymis besuchte sie die Region, um mehr darüber zu erfahren, was die Menschen vor Ort bewegt. Themen wie die wirtschaftliche Entwicklung in der Region, das Miteinander im ländlichen Raum, der Tourismus rund um den Nationalpark Eifel und die Zukunft von Burg Vogelsang standen im Mittelpunkt der Gespräche.

Wie vielfältig das Leben in der Eifel ist, zeigte der Abendempfang des Landtagspräsidiums im Kulturkino Vogelsang. Über 180 Gäste aus Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik waren der Einladung zum Austausch gefolgt. Sie verstärkten den Eindruck, den das Präsidium bei seinen Begegnungen in Monschau und im Kreis Euskirchen gewonnen hatte. Die Eifler „Mischung aus wilder Natur und ehrwürdiger Kultur, aus wechselhafter Geschichte und verantwortungsvollem Fortschritt“ sei einzigartig in NRW, machte Landtagspräsidentin Carina Gödecke zur Begrüßung der Gäste deutlich.

berichtete die Bürgermeisterin und wünschte sich eine stärkere Landesförderung. Sehr positiv sei hingegen der landespolitische Schulkonsens in Monschau aufgenommen worden, da nun mit der Sekundarschule das Schulangebot besser an die veränderte Nachfrage angepasst werden könne.

NATUR UND TECHNIK AUF HOHEM NIVEAU

Als „Zukunftsentscheidung für die Region“ bezeichnete Ritter den 2004 eingerichteten

hätten 2012 aufgrund mangelnder Nachfrage nicht besetzt werden können. Ein Betriebsrundgang veranschaulichte den Gästen, wie Maschinen entstehen, die im Sekundentakt Baumstämme entrinden und zuschneiden.

EINSATZ FÜR ERINNERUNGSKULTUR

Mit einem schwierigen Kapitel Eifler Geschichte setzten sich die Präsidiumsmitglieder in Schleiden auseinander. Dort liegt die von den Nationalsozialisten errichtete „Ordensburg“



Fotos: Schälte

„Die Eifel hat sich unheimlich weiterentwickelt“, ergänzte in der Diskussionsrunde Vizepräsident Eckhard Uhlenberg, der bereits als Umweltminister die Region kennengelernt hatte. Und Vizepräsident Oliver Keymis lobte die Zusammenarbeit der Menschen vor Ort. Diese würden bestehende Probleme vor allem als Chance begreifen.

Ein Bild von den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen machten sich die Mitglieder des Präsidiums am Vormittag zunächst in Monschau. Bürgermeisterin Margareta Ritter und Ratsmitglieder gaben der Delegation einen Überblick über die Entwicklungen in der Stadt, die jährlich über 1,7 Millionen Touristen begrüßt. Aktuell stehe Monschau vor der Aufgabe, fast 400 Denkmäler zu pflegen und zu erhalten. Dem Sanierungs- und Unterhaltungsaufwand von 400.000 Euro stehe lediglich eine Pauschalförderung von 93.000 Euro gegenüber,

Nationalpark Eifel, der den Tourismus und die wirtschaftliche Entwicklung weiter angekurbelt habe. Im Besucherzentrum Höfen informierten sich die Präsidiumsmitglieder über den zu entdeckenden Tier- und Pflanzenreichtum sowie das Freizeitangebot.

Dass die Eifel auch mit technischen Innovationen aufwarten kann, erfuhr die Düsseldorf Delegation beim Besuch der Firma Holtec in Hellenthal. Das mittelständische Unternehmen mit 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stellt hochmoderne Anlagen für die Holzindustrie her und ist weltweit erfolgreich. „Früher konnte ich mit dem Fahrrad zu meinen Kunden fahren, heute müssen wir weite Flugreisen zu Geschäftspartnern unternehmen“, so Inhaber Peter Klement. Zugleich sei es schwieriger geworden, geeignete junge Leute für eine Ausbildung zu begeistern, berichteten die Geschäftsführer Ute Klement und Alexander Gebele. Drei von sechs Ausbildungsplätzen

Vogelsang, die zur Ausbildung der NS-Führung diente. Aktuell wird der Komplex mit finanzieller Unterstützung von Land, Bund und EU zu einem Erinnerungsort umgebaut. Im Gespräch mit den Spitzen der Standortentwicklungsgesellschaft und des Internationalen Platzes Vogelsang erfuhr die Delegation Einzelheiten zum Fortschritt der Baumaßnahmen. Präsidentin Gödecke und ihre Stellvertreter zeigten sich tief beeindruckt von den Bemühungen, „Erinnerungskultur an diesem Täter-Ort zu etablieren“. Die drei Präsidiumsmitglieder kündigten an, das Projekt weiterhin zu begleiten.

Der Tag in der Eifel werde lange nachwirken, waren sich Carina Gödecke, Eckhard Uhlenberg und Oliver Keymis sicher. „Viele Anregungen nehmen wir mit nach Düsseldorf“, sagte die Präsidentin zum Abschied. „Wir sind nicht die Landesregierung und können keine Versprechen geben. Aber wir verstehen uns als Postboten im besten Sinne.“ *Sebastian Wuwer*



Aus den Fraktionen

„Krippengipfel“ zeigt: U3-Ausbau ist ein enormer Kraftakt

Der zweite NRW-Krippengipfel mit Kommunen, Trägern, Eltern, Landesjugendämtern, Gewerkschaften und den im Landtag vertretenen Parteien hat bestätigt, dass die Landesregierung mit ihrer Strategie, gemeinsam die Probleme zu erörtern und Lösungen zu suchen, auf dem richtigen Weg ist. Es zeigt sich, dass wir in Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren deutlich vorankommen: Innerhalb eines Jahres konnten über 16.000 Plätze zusätzlich geschaffen werden, es sind aber weitere Plätze dringend notwendig.

„Diesen Kraftakt müssen und wollen alle Beteiligten gemeinsam stemmen“, so die Einschätzung von Wolfgang Jörg, familienpolitischer Sprecher der Sozialdemokraten.

Die vom Jugendministerium eingerichtete „Task-Force“ zum U3-Ausbau wird gut ange-

nommen. Sie hat die Aufgabe, bei konkreten Schwierigkeiten vor Ort weiterzuhelfen. Um die Kommunen verlässlich und dauerhaft bei der Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze zu unterstützen, sind die Landesmittel noch einmal um 40 Millionen Euro aufgestockt worden. Daneben sind Ausgleichsleistungen bis 2018 in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro vorgesehen. Auf der Konferenz informierte das Ministerium auch darüber, dass die zusätzlichen Bundesmittel für Investitionsmaßnahmen ab dem 1. Juli 2012 eingesetzt werden können.

Nordrhein-Westfalen steht bei den Qualitätsstandards in der U3-Betreuung mit an der



Wolfgang Jörg, familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Spitze der Bundesländer. An diesen Qualitätsstandards werden wir nicht rütteln. Nach geltendem Recht (KiBiz) ist es möglich, bis zu 10 Prozent mehr Kinder in eine Gruppe aufzunehmen. Aber wir sagen: Mehr Kinder nur mit mehr Personal. Nur das kann die Alternative sein. Die Möglichkeiten eines Platz-Sharing – auch vom Landeselternbeirat gewünscht, um mehr Flexibilität bei den Betreuungszeiten zu schaffen – werden wir im Rahmen einer Erprobung prüfen. Fest zu halten bleibt: Es gibt keinen Qualitätsabbau. ■



Längst überfällig: Rot-Grün gibt Irrweg beim Rauchverbot auf

Als „längst überfälligen Schritt“ bezeichnet der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann, das Abrücken der Regierungsfractionen von einem absoluten Rauchverbot. „Wenn Rot-Grün seinen Irrweg beim Rauchverbot aufgibt, dann ist das nicht nur ein Erfolg für die CDU, sondern auch ein Sieg der Vernunft. Vor allem aber ist es ein Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Es macht keinen Sinn, unsere Brauchtumsveranstaltungen und Eckkneipen ohne Not zu gefährden. Nordrhein-



Westfalen braucht keine grünen Volkserzieher“, so Laumann.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende erinnert daran, dass unter seiner Verantwortung als Gesundheitsminister überhaupt erst ein gesetzlicher Nichtraucherschutz in Nordrhein-Westfalen geschaffen wurde: „Eins ist vollkommen klar: Nichtraucherschutz hat Vorrang. Nichtraucher müssen uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilhaben können, ohne sich gegen ihren Willen einer Gesundheitsgefährdung durch Tabakrauch auszusetzen. Dies

haben wir mit unserem Gesetz erreicht. Deshalb brauchen wir auch keine Novelle.“

Frau Steffens müsse endlich zur Vernunft kommen. „Erst übte die SPD öffentlich Kritik an Steffens Plänen, und jetzt rudert sogar ihr Parteifreund, der Grünen-Fraktionschef Priggen, zurück: Ihr Gesetzentwurf findet keine parlamentarische Unterstützung. Der Versuch, freie und mündige Bürger von oben herab per Gesetz zu bevormunden und zu erziehen, ist krachend gescheitert“, erklärt Laumann. ■



Lebhafte Diskussion um Fracking

In einer Art Goldgräberstimmung haben Erdgasunternehmen in den letzten Jahren ihr Interesse an unkonventionellem Erdgas in NRW bekundet. Mit der sogenannten Fracking-Technologie sollten Lagerstätten erschlossen werden, die mit der konventionellen Technik nicht erreichbar waren. Bei der umstrittenen Technologie werden Chemikalien in die Erde gepumpt, um das im Gestein sitzende Erdgas unter Druck hervor zu holen. Mehr als die Hälfte der Landesfläche NRW ist mittlerweile an mehr als 20 Unternehmen als Erkundungsgebiet vergeben worden.

Die Sorge um Trinkwasser- und Umweltschutz hat jedoch vielfach Widerstand und Protest ausgelöst. Erfahrungen aus den USA und anderen Ländern zeigen, dass die Technologie bisher unkalkulierbare Risiken birgt. Deshalb hat die Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gegeben,



dessen Ergebnisse durch Umweltminister Remmel und Wirtschaftsminister Duin im September vorgestellt wurden. Auch wenn noch nicht ausreichend Informationen zur Verfügung stehen, um eine abschließende Beurteilung vornehmen zu können, sehen die Wissenschaftler doch an vielen Stellen des Aufsuchungs- und Gewinnungsprozesses Risiken, nicht zuletzt auch bei der Frage, wie mit den Abwässern umgegangen wird.

Um das Gutachten und seine Konsequenzen mit Minister Remmel und den Gutachtern ausführlich zu diskutieren, lud die Grüne Fraktion zu einer Veranstaltung in den Landtag ein, die erstmals auch per Livestream übertragen wurde. Die Diskussion, an der neben rund 80 Bürgerinnen und Bürgern auch Umweltminister Johannes Remmel und die Gutachter teilnahmen, zeigte unter anderem, dass das Bergrecht auf Bundesebene dringend einer Überarbeitung bedarf. Es wurde deutlich, dass eine umfassende parlamentarische und gesellschaftliche Debatte zum weiteren Umgang mit der Fracking-Technologie geboten ist. ■



Schneider: Praxisgebühr abschaffen

Ein deutliches Signal für die Abschaffung der bürokratischen Praxisgebühr hat der nordrhein-westfälische Landtag auf Initiative der FDP gesetzt. „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung ebenfalls für die Abschaffung der Praxisgebühr einzusetzen“, sagte Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Der FDP-Antrag wurde mit den Stimmen von FDP, SPD, Grünen und Piraten im Landtag beschlossen. Die Gesundheitsexpertin der FDP hob in der Plenardebatte hervor, dass von der Abschaffung der Praxisgebühr sowohl Patienten als auch Ärzte profitieren. „Die von Rot-Grün 2003 eingeführte Praxisgebühr hat sich nicht bewährt. Sie hat ihr Ziel verfehlt, die Eigenverantwortung der Patienten zu stärken und Arztbesuche in

Bagatellfällen zu vermeiden“, betonte Schneider.

Studien belegen, dass die erwünschte Steuerungswirkung ausgeblieben und stattdessen ein unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand entstanden ist. „Laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung muss eine Arztpraxis jährlich 120 Stunden allein für Einzug und Verwaltung der Gebühr aufwenden. Diese Zeit sollte künftig den Patientinnen und Patienten unmittelbar zugutekommen“, betonte Schneider.

Zudem werden die Patienten pro Jahr mit etwa 2 Milliarden Euro belastet, die zu Mehreinnahmen der gesetzlichen Krankenkassen führen,



Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion

die aufgrund der guten Finanzlage der Kassen nicht benötigt werden. Schneider unterstrich: „Die Abschaffung der Praxisgebühr ist finanzierbar.“ Verbraucherschützer und sogar Krankenkassen haben sich unlängst für eine Streichung der Praxisgebühr ausgesprochen. Mit der Zustimmung zur FDP-Initiative stellt der Landtag fest, dass die Praxisgebühr unwirksam ist und abgeschafft werden soll. ■



Landesregierung baut Luftschlösser

In ihrer Regierungserklärung hat Frau Kraft zahlreiche Initiativen und Programme in vielen wichtigen Themenbereichen angekündigt. Viele dieser Maßnahmen machen inhaltlich Sinn, aber sind letztendlich doch nur Luftschlösser. Sämtliche Vorschläge stehen unter Finanzierungsvorbehalt und entpuppen sich damit als potenzielle Wackelpositionen. Den Worten müssen Taten folgen. Die Piratenfraktion wird sich aus ihrer Oppositionsrolle heraus konstruktiv an der Umsetzung beteiligen.

Ein Schwerpunkt wird dabei das Thema Bildung sein. In NRW werden für Digitalmedien in Schulen pro Kopf und Jahr etwa 51 Cent ausgegeben, ein Fünftel von dem, was in Finnland investiert wird. Bildung ist bei uns unterfinanziert, wodurch wir zum Schlusslicht Europas wurden. Der Koalitionsvertrag sieht vor, bis

2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben aufzuwenden. Die Vorgabe muss weiter erhöht werden. Ein weiterer Kritikpunkt ist, trotz Schulfriedens, das gegliederte Schulsystem.



Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender

Es verstärkt nach wie vor die Problematik, dass Bildungserfolg auch in NRW weiterhin zu stark von der sozialen Herkunft abhängig ist.

Außerdem müssen die Schulen im 21. Jahrhundert ankommen. Für eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe in der Informations- und Wissensgesellschaft ist der kompetente Umgang mit den mittlerweile nicht mehr ganz so neuen Medien unabdingbar. Wir brauchen eine landesweite „IT-Initiative Bildungsinnovation“. Die Piraten setzen sich unter anderem dafür ein, landesweit die Schüler ab Klasse 5 mit digitalen Endgeräten auszustatten. ■



Geburtstage

1. Oktober bis 6. November

1.10. Markert, Hans Christian (GRÜNE)	44
9.10. Gatter, Stephan (SPD)	57
9.10. Schneckenburger, Daniela (GRÜNE)	52
11.10. Dr. Bovermann, Rainer (SPD)	55
12.10. Meesters, Norbert (SPD)	55
15.10. Lüders, Nadja (SPD)	42
22.10. Jung, Volker (CDU)	44
23.10. Schemmer, Bernhard (CDU)	62
25.10. Gödecke, Carina (SPD)	54
28.10. Bolte, Matthi (GRÜNE)	27
29.10. Jahl, Armin (SPD)	65
2.11. Zentis, Gudrun (GRÜNE)	59
3.11. Kramer, Hubertus (SPD)	53
3.11. Schwerd, Daniel (PIRATEN)	46
4.11. Eiskirch, Thomas (SPD)	42
5.11. Wagener, Tanja (SPD)	40

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

1.10. Wilmbusse, Reinhard (SPD)	80
8.10. Dr. Focke, Katharina (SPD)	90
13.10. Krings, Hans (SPD)	70
13.10. Knieps, Franz-Josef (CDU)	70
14.10. Harbich, Helmut (CDU)	80

Trauer um Gerhard Eyckers

Gerhard Eyckers, einer der ersten Angestellten der Landtagsverwaltung, ist am 22. August 2012 verstorben. Eyckers gilt als Vater der deutschen Parlamentsarchive in der Zeit nach 1945 und ist Initiator vieler bundesweiter Vereinheitlichungen bei den verschiedenen Parlamenten. Für seine Verdienste wurde Eyckers mit dem Bundesverdienstkreuz wie auch dem Verdienstorden des Landes ausgezeichnet.

Bürgersprechstunde

Der Petitionsausschuss (Vorsitz Rita Klöpffer, CDU) bietet am Montag, 29. Oktober 2012, in der Kreisverwaltung Bergisch Gladbach von 14 bis 18 Uhr eine Bürgersprechstunde an. Für diesen Termin wird ab Montag, 22. Oktober, um telefonische Voranmeldung unter der Nummer (0211) 884-4333 gebeten.

Termine

1. bis 26.10.2012 Ausstellung action medeor zum Thema „Malaria“

2.10.2012 Einweihung Büste Karl Arnold

2. bis 3.10.2012 Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit, München

29.10.2012 Festveranstaltung „Internationales Jahr der Genossenschaften“

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint zum Plenum vom 7./8. November 2012.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Kindermund ...

... tut Wahrheit kund. Nur wenn man sich auf sie einlässt, mit ihnen in ihrer Welt kommuniziert, kann man auch Kindern erklären, was Politik ist und was der Landtag eigentlich so macht. Für den Besucherdienst mit fast 1.000 Kinder- und Jugendgruppen jährlich täglich Brot, wurde diese Aufgabe beim Weltkindertag am 16. September mit über 4.500 Besucherinnen und Besuchern zur besonderen Herausforderung. Bei herrlichem Wetter wurde es für Groß und Klein ein buntes Fest mit Spiel, Spaß, Sport und vielen Informationen. Immerhin drückte das diesjährige Motto des Weltkindertages, „Kinder brauchen Zeit“ das Recht der Kinder auf Spiel und Freizeit, auf elterliche Fürsorge und auf Beteiligung aus.

Fotos: Schälte